

Quo Vadis Bavaria

Wohin steuert Bayern

Dorfbrunnen



Während die CSU glaubt, mit einer eigenen bayrischen Grenzschutz-Polizei, mit mehr Video Überwachung und mehr Staats-Trojaner unsere Freiheit gegen Sicherheit tauschen zu müssen, erleben wir, wie unser Land in fast allen anderen Bereichen Kapital und Kommerz geopfert wird.

Was heißt das konkret?

„Der Markt“ bestimmt, dass in Utting nur wohnen kann, wer es sich leisten kann. Bei einem Durchschnittseinkommen des Uttinger Steuerbürgers von 58'000€ brutto im Jahr, den höchsten Mietpreisen am Westufer und einem Grundstückspreis, der mit Zutun der politischen Gemeinde die 1'000€/qm erreicht (siehe auch der Kommentar auf Seite 8) bedeutet das für viele, dass sie eben gehen müssen oder sich Utting nur noch mit großen Einschränkungen in anderen Lebensbereichen leisten können.

Der Ammersee ist seit Monaten auf minimalem Wasserstand. Weniger Wasser im See geht nur, wenn über das Wehr in Stegen nichts mehr abläuft. Wetterrekord häuft sich auf Wetterrekord. Polare Eiskappen und Gletscher in den Alpen schmelzen... Große SUVs, Sportwagen und ähnliches bleiben für Gewerbetreibende und Industrielle von der Steuer absetzbar. Die Förderung überschreitet hier für den Porsche Cayenne die des Elektro-Autos um ein Vielfaches. „Der Markt“ wird eben gefördert.

Landwirte produzieren, nach Jahrzehnten der falschen Impulse aus der Politik Deutschlands und Europas, ohne auf die Veränderungen im Klima vorbereitet zu sein. An den wenigen Starkregentagen wird geodelt was das Zeug hält, damit die Gülle aufgrund der für die Flächen zu großen Viehbestände

auch schön vom Gewitterregen verteilt wird. Wohin? In Richtung See und Grundwasser. „Der Markt“ will es so?

Schulischer Erfolg hängt vom Einkommen der Eltern ab - alles eine Sache des „Marktes“.

Am „Energemarkt“ versäumt es Bayern, auf dezentrale Wärmezeugung zu setzen. Windräder werden durch Abstandsregelungen beinahe unmöglich gemacht. In Utting werden Solaranlagen wegen ästhetischer Bedenken abgelehnt. Und all das unter der Regie „des Marktes“. Politik erfüllt hier nur noch vermeintliche Sachzwänge (Arbeitsplatzsicherung, Gemeindefinanzierung, ..) anstatt mutig neu zu denken. Mehr Staat geht locker in der Sicherheitspolitik. Am Wohnungsmarkt, in der Landwirtschaft und in der Energiepolitik überlässt man das Meiste den „Kräften des freien Marktes“. Und stochert bestenfalls – und gegen die Erfahrungen der letzten Jahrzehnte – mit kurz gedachter Subventionspolitik hinterher.

Soziale, den Menschen dienende und ökologisch nachhaltige Politik wird es weder mit CSU, AFD, FWG noch FDP geben. Wohin Schwarz-Grün führt sehen wir in Baden-Württemberg. Lethargischer und schwächer geht Grün kaum.

Sozial und gerecht geht mit der SPD, geht mit Natascha Kohnen, Christian Winklmeier, Eva Aviles und Peter Falk, die für nachhaltige soziale Politik am Wohnungsmarkt, in der Energie- und Verkehrspolitik stehen. Vertrauen Sie mit uns der SPD und machen Sie uns stark für ein gerechtes Bayern.

Ihre Dorfbrunnen
Redaktion

Utting
SPD

Finning er-blüht

Es ist kein Geheimnis mehr, dass unsere Natur unter dem Menschen leidet. Immer mehr kommen wir zu einem Punkt, wo die Schäden in der Natur solche Ausmaße annehmen, dass wahrscheinlich schon unsere Kinder die Rechnung bezahlen werden müssen.

Dass es immer weniger Insekten gibt, ist eine bewiesene Tatsache, ebenso wie der Punkt, dass es ohne sie kein Überleben gibt.

Besonders die Bienen „stechen“ hier heraus. Mit ihrem übergroßen Fleiß bestäuben sie rund 80 % der lebenswichtigen Kulturpflanzen und liefern wertvolle Naturstoffe wie Honig, Wachs, Pollen und Propolis.

Wir haben seit drei Jahren fünf eigene Bienenstöcke im Garten und erfreuen uns seitdem an ihnen, ihrem Honig und dem merklich gestiegenen Ertrag unserer Äpfel-, Zwetschgen- und Birnenbäume.

Leider leidet die Gesundheit der Bienenvölker immer mehr unter eingeschleppten Parasiten, in der Landwirtschaft eingesetzten Pestiziden, Monokulturen, intensiver Düngung und Bewirtschaftung ohne Brach- und Blühflächen. Das ehemals natürliche Vorkommen von Wildblumen an Wegesrändern und Korn- und Mohnblumen in Getreidefeldern oder blütenreiche Brachflächen gibt es nicht mehr. Die Bienen hungern. Der Imker kann zufüttern. Wildbienen verhungern.

Hier ist das Projektteam „Finning (er-)blüht“ des Obst- und Gartenbauvereins Finning e.V. in Abstimmung mit der Gemeinde Finning seit 2015 aktiv geworden mit Maßnahmen wie Reduzierung der Mähfrequenz auf öffentlichen Grünflächen, Ansaat einer Wildblumenwiese und Pflanzung von Bäumen. In Vorbereitung auf das Jahr der Biene 2018 wurde im ganzen Ort zur Aufwertung von öffentlichen Grünstreifen Krokusse und Narzissen gepflanzt und Blumenmatten verlegt. Die schönen farbenfrohen Ergebnisse übertrafen alle Erwartungen. Details über diese Aktion und zusätzliche Informationen, wie jeder in diesem Sinne einen Beitrag leisten kann, finden sich im Faltblatt (<https://bit.ly/2wzb0vj>) und auf folgender Homepage: <https://www.gartenbauverein-finning.de>.

Dr. Petra Schnappinger



Utting ver-ödet. Brache auf dem Schmucker-Areal trotz GAL Bürgermeisters

Wahlplakate in Utting

eine Farce

Beinahe hätten wir in Utting den Wahl-Plakatierungswahnsinn vermeiden können. Am 7. Juni dieses Jahres wurde vom Gemeinderat einstimmig ein SPD-Antrag zur Aufstellung von Wahlplakatwänden in Utting und Holzhausen beschlossen, auf denen alle Parteien sich im Überblick hätten darstellen können. So, wie es auch in Dießen, Schondorf oder Landsberg gehandhabt wird.

Beinahe, denn nach dieser Entscheidung kam seitens der Verwaltung die Erkenntnis, dass Parteien, die sich nicht an diese Vereinbarung halten wollen, trotzdem überall plakattieren könnten. Außerdem ist die Verteilung der Flächen auf der Wand nach einem Schlüssel geregelt, der auf der letzten Wahl basiert ... Während mir dieser Dreisatz machbar scheint, wurde das von der Ratsmehrheit als sehr kompliziert empfunden. Schnell war dann auch das Gespenst vom mit Plakaten "der unerwünschten Art" zugestellten Utting im Raum. Und fast noch schneller fielen – außer unseren SPDlern – alle Gemeinderäte um und nahmen am 9. August die Entscheidung zurück. Jeder plakatiert wieder überall.

Wer also glaubt, dass das, was in unseren Nachbargemeinden geht, auch in Utting klappen könnte – der hätte beinahe recht. Leider aber eben nur beinahe, denn offenbar haben Schwarze, Grüne, Ländliche und Freie so viel Angst, auf Uttings Straßenbild unterrepräsentiert zu sein, dass wieder fleißig überall gekleistert wird. Schade.

Dr. Frank Grupp

1. Vorsitzender der Utting-SPD



Christian Winklmeier, Liste 2 SPD Platz 218

Christian Winklmeier – Ihr Vertreter im Bayerischen Landtag

Am 14. Oktober finden die Landtags- und Bezirkstagswahlen statt. Ich bewerbe mich für das Direktmandat im Stimmkreis Landsberg/Fürstenfeldbruck-West und damit auch in Utting. Die vergangenen Jahre haben gezeigt, dass es nicht ausreicht, die Probleme auszusitzen und Symbolpolitik zu betreiben. Der Staatsregierung und der CSU fehlt es an Visionen, an klaren Zielen und an zielführenden Konzepten. Von Jahr zu Jahr sehen wir, dass der Bedarf an bezahlbaren Wohnungen steigt und steigt. Viele Erzieherinnen und Erzieher, Pflegekräfte, Alleinerziehende und Senioren können sich in unserer Region schlicht keine Wohnung mehr leisten. Anstatt Sozialwohnungen zu verscherbeln, um das Landesbank-Desaster finanziell zu kompensieren, muss der Freistaat endlich wieder für bezahlbare Mieten auf dem Wohnungsmarkt eintreten. Der Freistaat muss selbst mehr Wohnungen bauen, Genossenschaften unterstützen und vor allem, eigene Grundstücke für den Bau von bezahlbaren Wohnungen zur Verfügung stellen. Es darf nicht sein, dass der Freistaat eigene Grundstücke meistbietend verkauft und die Flächen für die soziale Infrastruktur

immer weniger werden. Auch in der Pflegepolitik braucht es große Visionen: Es reicht nicht aus, den Mangel an Pflegekräften zu beklagen. Der Freistaat muss selbst mehr Einrichtungen auf die Beine stellen, das Gehalt und die Arbeitsbedingungen verbessern und sich für ein Einwanderungsgesetz stark machen. Statt verstärkt auf den individuellen Autoverkehr zu setzen und Autobahnen auszubauen (glaubt irgendjemand, dass der sechsspurige Ausbau der A96 bis Gilching irgendetwas bringt?), sollte der Freistaat endlich verstärkt in Buslinien, den Ausbau des Bahnnetzes und bessere Radverbindungen investieren. Der schönste Staatsüberschuss bringt uns nichts, wenn die Infrastruktur verlottert und die Menschen gezwungen werden, tagtäglich Stunden im Stau und in verspäteten Zügen zu verbringen. Zu diesen und weiteren Themen finden Sie mehr auf meiner Homepage unter www.christian-winklmeier.de. Zum Abschluss habe ich eine Bitte: Gehen Sie zur Wahl, informieren Sie sich, sprechen Sie uns an. Politik funktioniert nur durch ein gutes Miteinander und den fairen Austausch der Argumente. Folgen Sie nicht den Vereinfachern, den Populisten und Extremisten. Die Demokratie ist von unschätzbarem Wert. Wir sollten sie nicht leichtfertig aufs Spiel setzen.

*Christian Winklmeier
für den Dorfbrunnen*

Auf einen Blick:

Name: Christian Winklmeier
 Alter: 27 Jahre
 Ausbildung: Volkswirt, Politikwissenschaftler
 Beruf: Wissenschaftlicher Mitarbeiter
 Ehrenämter: Gemeinderat und Jugendreferent in Gilching, Jugendleiter Abteilung Tischtennis TSV Gilching-Argelsried, Mitinitiator des Bündnisses Pro Bannwald
 Homepage: www.christian-winklmeier.de
 Mailadresse: mail@christian-winklmeier.de
 Handy: 0151/12794860

Eva Avilés - Ihre Vertreterin im Bezirkstag

Ich wurde am 09.08.1984 in München geboren. Meine Kindheit und Jugend habe ich in Schondorf am Ammersee verbracht, wo ich auch jetzt wieder zusammen mit meinem Ehemann und meinem 6-jährigen Sohn lebe. Nach meinem Abitur am städtischen Luisengymnasium in München, habe ich an der LMU München politische Wissenschaften mit den Nebenfächern Religionswissenschaften und Philosophie studiert. Nach meinem erfolgreich abgeschlossenen Magisterstudium und der Geburt meines Sohnes, habe ich im Sommer 2015 begonnen als Außendienstmitarbeiterin in der Asylbetreuung beim Kreisverband des Roten Kreuzes, Landsberg am Lech, zu arbeiten. Seit September 2016 bin ich als Asylintegrationsberaterin beim AWO Ortsverein Dießen angestellt.

Zum einen, ist mein Interesse an einer Kandidatur zur Bezirksrätin im Zusammenhang mit meinem Beruf entstanden. Ich bin jeden Tag mit den praktischen Problemen von Menschen konfrontiert, die in einer schwierigen Lebenssituation sind und der Unterstützung unseres Sozialstaates bedürfen.

Sich in dem Paragraphenschwanz zurecht zu finden und so die Unterstützung zu bekommen, die einem zusteht, ist für alle betroffenen Bürgerinnen und Bürger, unabhängig von ihrer Herkunft, manchmal eine kaum zu bewältigende Aufgabe. Daher würde ich gerne meine Erfahrungen aus der Praxis in die Arbeit des Bezirks, als überörtlichen Sozialhilfeträger, einbringen.

Zum anderen halte ich Sozialpolitik für die tragende Säule unseres Staates und unseres politischen Systems. Eine zentrale Aufgabe alles staatlichen Handelns ist es, dafür zu sorgen, dass die BürgerInnen friedlich und sicher miteinander leben können. Dabei wird oft vergessen, dass eine gelungene Sozialpolitik die Grundlage für ein friedliches Miteinander in der Gesellschaft darstellt.



**Eva Avilés, 34,
Asylintegrationsberaterin,
Verheiratet, 1 Sohn**

Denn BürgerInnen können nur in Frieden miteinander leben, wenn soziale Sicherheit gegeben ist. Dies bedeutet für mich, dass niemand Angst haben muss, dass seine/ihre Existenz im Falle eines Schicksalsschlags wie z.B. eines Unfalls oder Arbeitslosigkeit gefährdet ist und man zu einem Außenseiter in der Gesellschaft wird, sondern dass in einem solchen Fall jeder die Hilfe und Unterstützung bekommen, die ihn / sie in die Lage versetzt, ihr Leben wieder selbstbestimmt

leben können.

Dafür muss es auch nicht in Sozialrecht geschulten BürgerInnen möglich sein einen Antrag auf Leistungen auszufüllen und die Leistungen zu bekommen, die Ihnen zu stehen. Anstatt zum Spielball verschiedener Kostenträgern zu werden, die versuchen sich gegenseitig die Zuständigkeiten zu zuschieben, wie ich es in der Praxis oft erlebe.

Daher ist einer meiner zentralen politischen Ziele für meine Arbeit im Bezirkstag die Antragsstellung nach unseren Sozialgesetzbüchern verständlich zu gestalten, damit Unterstützung funktioniert.

Auch bin ich davon überzeugt, dass alle Menschen gleichermaßen am gesellschaftlichen Leben teilhaben sollten. Daher müssen wir Inklusion weiter vorantreiben. Dies bedeutet, dass es mehr Kindern- und Jugendlichen mit Behinderung ermöglicht werden muss eine Regelschule zu besuchen. Gleichzeitig müssen spezialisierte Fördereinrichtungen erhalten werden.

Als Sozialdemokratin ist es mir wichtig, mich dafür einzusetzen, dass die Arbeitsbedingungen für das Pflegepersonal in den Bezirkskrankenhäusern verbessert werden, angefangen bei der Bezahlung bis hin zu Betreuungsschlüsseln von Patienten und Pflegepersonal und betriebseigenen Kitas. So dass die Bezirkskrankenhäuser in diesen Bereichen zu Vorzeigeeinrichtungen werden.

*Eva Avilés
für den **Dorfbrunnen***

Natascha Kohnen - Bayerns Spitzenkandidatin

Meine bayerische Heimat, meine Familie, meine Leidenschaft für Naturwissenschaften und der Wunsch, ganz praktisch das Leben der Menschen in unserem Land zu verbessern – das alles hat mein Leben geprägt. Jetzt trete ich an, um noch mehr Verantwortung zu übernehmen.

Bayern ist ein starkes Land. Die meisten von uns leben gut hier in Bayern. Das haben wir uns gemeinsam erarbeitet. Darauf können wir stolz sein. Ich will Bayerns wirtschaftliche Stärke erhalten und für die Zukunft sichern. Unser Erfolg gibt uns Möglichkeiten, Bayern noch stärker zu machen. Für alle, die hier leben. Ich will dafür sorgen, dass alle in Bayern am Erfolg teilhaben.

Bayern verändert sich: Die Digitalisierung verändert unsere Arbeitsplätze und unser Freizeitverhalten. Menschen ziehen aus ganz Deutschland und darüber hinaus nach Bayern und vom Land in die Städte. Neue Technologien machen uns mobiler und helfen uns, miteinander in Kontakt zu bleiben. Dieser dynamische Wandel bringt Chancen für Bayern. Diese Chancen müssen wir nutzen. Aber diese Veränderungen schaffen auch neue Herausforderungen: Der Zuzug in die Städte macht Wohnraum knapp und teuer. Er bringt Nahverkehr, Kinderbetreuung, Bildungseinrichtungen und vieles andere an die Belastungsgrenzen. Ich will sicherstellen, dass sich in Bayern alle ihr Dach über dem Kopf leisten können. Niemand soll Angst haben, aus seiner Wohnung aus- oder seinem Viertel wegziehen zu müssen, weil die Miete viel zu teuer wird. Bei Wohnen geht es um Heimat und Heimat heißt für mich, dass alle in Bayern dort leben können, wo sie möchten. Dazu brauchen wir auch im ländlichen Raum eine gute und sichere Versorgung mit Nahverkehr, schnellem Internet, Fachärzt/innen sowie Pflegeangeboten und vor allem Bildung. Daher investieren wir gezielt in unsere Kommunen, um sie beim Erhalt von Einkaufsmöglichkeiten oder Freizeitangeboten zu unterstützen. Und wir lassen die Schule im Dorf. Ich will eine Schulstandortgarantie für Schulen, an denen ein Abschluss gemacht werden kann.

Neben der Frage, ob man es sich leisten



kann, in seiner Heimat zu wohnen sorgen sich viele Menschen, ob sie mit den Veränderungen der Arbeitswelt mithalten können. Ich will gute Arbeitsplätze in Bayern sichern und Menschen helfen, sich fit zu machen für die Anforderungen der Arbeitswelt von morgen. Wir schaffen dafür ein Weiterbildungsgesetz. Damit wird der Rechtsanspruch zur Freistellung von Arbeitnehmer/innen für berufliche und gesellschaftspolitische Weiterbildung gesetzlich verankert. Mit einer Ausbildungsgarantie und einer Mindestvergütung für Azubis stärken wir die berufliche Bildung und die Fachkräfte der Zukunft. Und ich will ein Tarifreue- und Vergabegesetz einführen. Denn der Freistaat Bayern muss Vorbild sein und darf Steuermittel nicht für schlechte Löhne missbrauchen.

Ich will es Eltern in Bayern einfacher machen, Beruf und Familie unter einen Hut zu bringen. Deshalb will ich das Angebot an und die Qualität der Kinderbetreuung verbessern – auch in den Tagesrandzeiten und in den Ferien. Wir machen die Kita in Bayern kostenfrei. Und wir stellen mehr Erzieher*innen ein. So stellen wir sicher, dass alle Kinder gut betreut werden und die gleichen Startchancen haben – unabhängig vom Einkommen der Eltern.

Kinderarmut im reichen Bayern nehme ich nicht hin. Kein Kind darf in Armut aufwachsen. Deshalb schaffen wir eine eigenständige Grundsicherung für Kinder.

Ich will diesen Wandel gestalten. Ich stehe für eine Politik, die Menschen stark macht in ihrem täglichen Leben. Bayern ist am stärksten, wenn wir zusammenhalten. Darum geht es mir: Mehr Gemeinschaft schaffen, füreinander da sein – und einen neuen Umgangston untereinander pflegen.

*Natascha Kohnen
für den Dorfbrunnen*



Peter Falk, Liste 2 SPD Platz 216, 54, Vorsitzender Richter am Landgericht München I

„Zusammenhalt und Zusammenarbeit bringt unsere Region voran“

Peter Falk ist Kandidat für den Bayerischen Landtag. Ein Gespräch.

Warum kandidieren Sie für den Landtag?

Ich sehe ein weltoffenes, modernes und europäisches Bayern. Ich möchte, dass der Zusammenhalt gestärkt wird. Ein tolles Zeichen war die Demo unter dem Motto „#ausgehetzt“. 50.000 Menschen haben sich für ein friedvolles Miteinander eingesetzt.

Was muss sich in Bayern ändern?

Bayern heißt „liberalitas bavariae“, leben und leben lassen. Die Menschen in Bayern sind aufgeschlossen, tolerant und neugierig. Es braucht keine Regierung die sagt, ob jemand dazu gehört oder nicht. Aufgabe von Politik ist es Spaltungen zu überwinden, nicht Angst vor anderen Menschen zu schüren. Dafür ist es wichtig, dass es den Menschen gut geht. Dass sie bezahlbaren Wohnraum haben, dass die Kinder in gute Schulen gehen und dass die Rente reicht. Dafür will ich mit meiner beruflichen Erfahrung als Richter im Landtag sorgen.

Welche Themen bewegen die Menschen aus Ihrer Sicht?

Die zentrale soziale Zukunftsfrage ist bezahlbares Wohnen. Das betrifft mittlerweile die Mitte der Gesellschaft: Polizeibeamte, Pflegekräfte, Studierende, junge Familien und Rentner. Es darf nicht sein, dass Wohnraum zum Spekulationsobjekt verkommt. Wir brauchen einen starken genossenschaftlichen und öffentlichen Wohnungsbau.

Was bedeutet „soziales Bayern“ für Sie?

Ich unterstütze das Volksbegehren für bessere Pflege in Bayern. Wir dürfen es nicht akzeptieren, dass Patienten und Pflegekräfte die Leidtragenden einer gefühllosen Politik sind. Ein Leben in Würde muss auch im Alter gelten und die wichtige Aufgabe der Pflege muss entsprechend honoriert werden.

Was halten Sie vom neuen Polizeiaufgabengesetz?

Die Menschen in Bayern haben ein gutes Gefühl dafür, ob Politiker wirklich an den Problemen arbeiten oder Symbolpolitik betreiben. Die Polizei braucht nicht fragwürdige Gesetze, sondern mehr Personal und eine gute Bezahlung. Ja, das kostet Geld, aber Sicherheit gibt es nicht zum Nulltarif.

Sie haben weitere Vorstellungen zur regionalen Verkehrspolitik?

Es muss mehr Anreize geben auch längere Strecken mit dem Fahrrad zu fahren. Dafür brauchen wir Radschnellwege, die direkte Verbindungen schaffen. So könnte man dem Stau auf der Straße und überfüllten S-Bahnen entgegen. Denn das Fahrrad ist ein Alleskönner: Gut für Umwelt und Gesundheit und es hilft Verkehrsproblem zu lösen.

Der Öffentliche Personennahverkehr ist wichtig. Ich habe mich jahrelang für die 2. S-Bahnstammstrecke eingesetzt. Wenn es eine zuverlässige S-Bahn gibt, könnten viele Menschen Fahrtzeit sparen und Lebenszeit für ihre Familien gewinnen. Es wäre gut, wenn Busse anstatt mit Dieselantrieb mit Brennstoffzellen fahren würden. Die Feinstaubbelastung wäre geringer.

Ihre **Dorfbrunnen** Redaktion

Auf einen Blick:

Name: Peter Falk
 Alter: 54 Jahre
 Ausbildung: Jurist
 Beruf: Richter am Landgericht München I
 Homepage: <https://peter-falk.info/>
 Mailadresse: info@peter-falk.info

Parkplatz am Freizeitgelände

Lange, vielleicht viel zu lange hat Utting keine Parkgebühren am Freizeitgelände von den Tagestouristen aus nah und fern eingenommen. Ein Thema, das Utting schon viele Jahre beschäftigt hat. Es war auch ein zentrales Thema im letzten Wahlkampf um das Bürgermeisteramt. Allerdings war es auch im aktuellen Gemeinderat kein einfaches Thema und wurde kontrovers diskutiert. Zum Glück sind diese Diskussionen über das „Ob und Warum“ nun vorbei. Seit 2017 stehen fünf Parkautomaten zwischen „wilde Gretel“ und der Schranke am Minigolfplatz. Ganz klassisch mit Münzeinwurf. In der entscheidenden Gemeinderatssitzung wurde der SPD-Antrag abgelehnt, gleich auf eine Lösung zu setzen, die nicht nur Münzen sondern auch Geld- und EC-Karten akzeptiert. Ich hatte diese Automaten bereits im Urlaub an der Ostsee gesehen und war begeistert, wie einfach und schnell das geht. Da diese Umrüstung für Kartenzahlung allerdings um die 600 EUR teurer pro Automat war, wurde der Antrag abgelehnt. Die Skepsis im Gremium über die Höhe der Einnahmen hatte noch immer überhand. Rund 36'000 EUR hatte die Kommune in die Münzautomaten schließlich investiert.

Sehr groß wurden im Gemeinderat die Augen einiger Mitglieder dann, als der kommunale Kämmerer zum Jahresbeginn 2018 die fantastische Zahl von rund 61'000 EUR Einnah-

men präsentierte. „Pötz-Blitz“ dachten sich wohl einige Rats-Kolleginnen und -Kollegen. Die Automaten wurden tatsächlich von den Besuchern angenommen. Die Parkwächter hatten wenig Mühe bei der Kontrolle. Die Anzahl der „Strafzettel“ war überschaubar.

Und nun, im Frühjahr 2018, meldete die Verwaltung einen „erhöhten Arbeitsaufwand“ für die Leerung der Automaten, denn es müssen stets zwei Personen unterwegs sein. Zu allem Überfluss verlangen die Banken inzw. auch noch Gebühren, wenn man sich Münzen holt, oder sogar wieder bringt, um diese einzahlen zu lassen.

Die Automaten wurden wieder zum Dauerthema im Gemeinderat.

Anfangs wurde die Idee verfolgt, einen Münzwechsler zu installieren, damit die Uttinger Gäste ihre Scheine wechseln können, falls kein Kleingeld griffbereit ist. Die Uttinger Gastronomen waren nicht länger bereit, Scheine in Münzen zu tauschen wegen der oben genannten Gebühren. Dann wurde die Idee verfolgt, lieber auf Zahlung per EC-Karte umzustellen da dies deutlich fortschrittlicher und günstiger wäre (hört hört!). In diesem Zusammenhang wurde also ein (1!) neuer EC-Automat im Tausch zentral auf dem Gelände aufgestellt. Der „übrige“ Automat bekam ein neues Zuhause zwischen „Labyrinth im Maisfeld“ und „Wilde Gretel“. In der nächsten Sitzung des Gemeinderates wurde das Konzept von „ParNow“ vorgestellt. Eine Lösung, bei der ein Parker gar nicht erst zum Automat gehen muss, sondern sich seinen Parkzettel gleich via App auf sein Smartphone lädt und bezahlt. In der darauf folgenden Sitzung wurde die App „parkster“ vorgestellt. Ebenfalls eine Park-App für's Smartphone. Der Unterschied zwischen den beiden Anbietern ist, dass bei „ParkNow“ der Kunde eine zusätzliche Transaktionsgebühr in Höhe von 25 Cent pro Parken bezahlt. Bei „parkster“ bezahlt die Kommune im ersten Jahr (Probezeit) die Transaktionsgebühr von einem Prozent. Für die Folgejahre steigt diese Gebühr auf 8% bzw. 10%, je nach Entscheidung der Gemeinde, ob ein dauerhafter Vertrag und mit welcher Laufzeit geschlossen werden soll.

Nun haben die Uttinger Gäste die Wahl, mit welcher Lösung die Park-Tickets bezahlt werden.

Impressum

Herausgeber: SPD Ortsverein Utting

Redaktion: Barbara Schiller
Florian Hansch
Jürgen Schulze
Dr. Frank Grupp (V.i.S.d.P.)

Redaktionsanschrift:

Dr. Frank Grupp
Panoramastr. 4
86919 Utting am Ammersee
e-Mail: dorfbrunnen@spd-utting.de

Druck: eos Druckerei St. Ottilien

Alles in Allem ist unser Freizeitgelände meines Erachtens nach für's Erste einmal gut gerüstet für das kommende Jahr. Obwohl ich noch immer den restlichen Automaten mit Karten-Zahlung nachtrauere. Ein Automat ist aber schließlich schon einmal ein Anfang und besser als keiner.

Abschließend ist allerdings zu befürchten, dass die ehemals größten Skeptiker im Ort das Thema Parken auch in den nächsten Kommunal-Wahlkampf zerren werden, da ein Umdenken stattgefunden hat. Es gibt ja einen großen Parkplatz unterhalb der Schule am „alten Feuerwehrhaus“ und einen Parkplatz am Bahnhof. Bevor die Gemeinde an diesen Orten allerdings Gebühren erhebt, müssen erst andere Maßnahmen ergriffen werden.

So bedarf es einer „großen Lösung“ inkl. Parkleitsystem an allen drei großen Ortseingängen, einer Parkplatzerkennung (frei/belegt), einer angemessenen Freiparkdauer (Semmelkarte) für Uttinger, die tagsüber in die Geschäfte in der Dorfmitte wollen, sowie einer erschwinglichen Dauerkarte für Pendler am Bahnhof und, für mich der wesentlichste und dringendste Punkt: einer durchgängigen und permanenten Kontrolle durch die kommunale Verkehrsüberwachung. Nur allein mit dem Aufstellen von Automaten ist es nicht getan. Zuerst muss das komplette Parkkonzept zwischen Laibnerstraße über die Bahnhofstraße bis zur Schulstraße inkl. allen Nebenstraßen neu ausgearbeitet werden. Der Parkplatz-Suchverkehr muss deutlich eingeschränkt werden. Es gibt nach wie vor genug findige Parker, die bereit sind, mehrere hundert Meter vom See weg zu parken, ohne dafür zu bezahlen.

Randnotiz: Ende 2018 werden mehrere Banken die mobilen Bezahlösungen von Apple und Google unterstützen. Das sogenannte Mobile-Payment wird mit etlichen Jahren Verzögerung auch in Deutschland so langsam Einzug halten, denn in den europäischen Nachbarländern gibt es diese Möglichkeit schon länger. Mit diesen Lösungen können Beträge bis 25€ ohne großen Aufwand direkt über das Smartphone oder die Smartwatch kontaktlos bezahlt werden. Ob die Deutschen trotzdem ihre Vorliebe am Bargeld verlieren, wird die Zukunft zeigen. Eine Anbindung un-

serer Automaten an die Lösungen von Apple und Google ist derzeit technisch nicht möglich.

*Florian Hansch
Gemeinderat*

Kommentar

Oh Utting

Teile des Schmucker-Areals meistbietend verkauft

Mit seiner Entscheidung die Teile des sogenannten Schmucker-Grundstückes nördlich der Landsberger Straße „meistbietend“ zu verkaufen, hat sich der Uttinger Gemeinderat selbst wieder einmal in die Reihe der Preistreiber und Immobilienspekulanten eingereiht. Der Baugrundpreis in Utting hat sich von ca. 220€/qm im Jahr 2013 über ca. 410€ im Jahr 2015 auf zuletzt um die 1'000€/qm innerhalb von nur fünf Jahren **verfünffacht**.

Es ist mir völlig unverständlich, wie die Gemeinde Utting diese Entwicklung noch fördern kann, indem sie meistbietend Grundstücke veräußert. Dass sie das tut, um auf der anderen Straßenseite vom Freistaat gefördert, und damit in der Belegung auf niedrigere Einkommensgruppen beschränkten Wohnraum zur Miete anzubieten ist fast schon zynisch.

Erst wird der Grundstückspreis in die Höhe getrieben, dann die nicht mehr zu bezahlenden Mieten subventioniert.

Wussten Sie, liebe Leserinnen und Leser des **Dorfbrunnens**, dass laut capital.de die Rendite bei der Vermietung von Bestandswohnungen in Utting mit 4,08% (Durschnittsmiete 11,12€/qm) die höchste am Westufer des Ammersees ist. In Dießen liegt diese Rendite bei 3,30% (9,40€/qm), in Schondorf bei „nur“ 2,94% (10,79€/qm).

Diese Entwicklung weiter anzuheizen ist so unsozial wie kurzfristig.

Aber es ist, für die Kommune, in doppelter Hinsicht lukrativ: Neben den Einnahmen aus dem Verkauf des Grundstücks bezieht Utting (Stand 2012-2015) ca. 2/3 seiner Gemeindesteuereinnahmen aus dem Gemeindeanteil an der Einkommensteuer. Teurer Grund – reiche Steuerzahler – hohe Steuereinnahmen – so die einfache Gleichung.

Dr. Frank Grupp